

## Ausgrenzung und Integration. ,1968‘ und die Folgen in Deutschland und in den Niederlanden\*

**A**nfang 2001 wurde in der Bundesrepublik kontrovers über die Vergangenheit der Bundesminister Fischer und Trittin diskutiert. Es waren Fotos veröffentlicht worden, auf denen zu sehen war, wie der heutige Außenminister in seiner radikalen Frankfurter Sponti-Zeit einen Polizisten verprügelte, und es wurde der Verdacht lanciert, Fischer habe bei einer Demonstration Molotowcocktails geworfen. Auch sollte er eine meineidliche Falschaussage über seine Kontakte zu einer Terroristin gemacht haben. Und was war mit dem Bundesumweltminister Jürgen Trittin? Gehörte der ehemalige Göttinger Student und aktives Mitglied des Kommunistischen Bundes der siebziger Jahre nicht zum Umfeld derjenigen, die 1977 nach dem Mord an dem Generalbundesanwalt Buback ihre ‚klammheimliche Freude‘ geäußert hatten, und hatte er sich Anfang 2001 nicht ungenügend davon distanziert?

Plötzlich waren die harten Auseinandersetzungen der sechziger und siebziger Jahre wieder aktuell. Die Opposition im Bundestag forderte Klarstellung und Entschuldigungen der heutigen Minister und ehemaligen Aktivisten. Die *Bild-Zeitung* scheute nicht davor zurück, ein Bild von Jürgen Trittin so zu manipulieren, daß der Eindruck erweckt wurde, der Umweltminister habe 1994 mit einem Schlagstock auf einer Gewaltdemonstration mitgemacht. Deutschland erlebte, so schien es, nach der Auseinandersetzung mit der NS-Zeit und mit der DDR-Geschichte jetzt seine dritte ‚Vergangenheitsbewältigung‘.<sup>1</sup> Neue Gesichtspunkte gab es allerdings kaum. Was sich Anfang 2001 abzeichnete, war eine Wiederholung – außer der Reihe der runden Jahrestage – der Frage nach der Bedeutung von ‚1968‘ in der Geschichte der Bundesrepublik.<sup>2</sup> Hatte ‚1968‘

\* Antrittsvorlesung, gehalten am 2. Juli 2001 am Zentrum für Niederlande-Studien. Der Text wurde für die Druckfassung leicht geändert.

<sup>1</sup> Vgl. E. WOLFRUM, ‚1968‘ in der gegenwärtigen deutschen Geschichtspolitik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 25.05.2001, S. 28.

<sup>2</sup> Für eine historiographische Übersicht dieser schubartigen Jubiläumsliteratur vgl. W. KRAUSHAAR, *1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur*, Hamburg 2000, S. 253 ff.; F.-W. KERSTING, *Entzauberung des Mythos? Ausgangsbedingungen und Tendenzen einer gesellschaftsgeschichtlichen Standortbestimmung der westdeutschen ‚68er‘-Bewegung*, in: K. TEPPE (Hrsg.), *Westfälische Forschungen. Zeitschrift des Westfälischen Instituts für Regionalgeschichte des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe* (48) 1998, S. 1 ff.

tatsächlich so etwas wie eine zivile Nachgründung der Bundesrepublik gebracht, wie die ‚68er‘ selber behaupten? War die Bundesrepublik bis dahin lediglich eine formale Demokratie gewesen, die durch das Auftreten der ‚68er‘ eine bürgernahe Partizipationsdemokratie geworden war? War Jürgen Habermas, selber ja auch nicht unbeteiligt an dieser Entwicklung, zuzustimmen mit seiner Behauptung, die ‚68er‘ hätten einen ‚Prozeß der Fundamentalliberalisierung‘ des westdeutschen Staates ausgelöst? In dieses zufriedene Selbstbild paßt auch die Selbsteinschätzung der ‚68er‘, sie seien es gewesen, die endlich die Debatte über die NS-Zeit angefangen und der ‚Unfähigkeit zu trauern‘ ein Ende gesetzt haben.<sup>3</sup>

Das ist die eine Interpretation. Für die andere gilt auch heute noch, was der Philosoph Hermann Lübbe 1998 beim 30jährigen Jubiläum diagnostizierte: Folgeschäden für die Bundesrepublik durch die Aufkündigung des antitotalitären Konsenses, der die zweite deutsche Demokratie bis dahin getragen habe; Folgeschäden durch einen Anti-Institutionalismus, der sich gegen die demokratischen Organe richtete; Folgeschäden durch einen Umgang mit der NS-Zeit, in dem Kapitalismuskritik und Antifaschismus als das Ende der Verdrängung der Naziverbrechen verkauft wurde, aber in Wirklichkeit, so Lübbe, nicht mehr war als ‚ein Akt moralisch-politischer Selbstprivilegierung‘.<sup>4</sup> Zu dieser konservativen Kritik gehört auch: Seit 1968 seien der Gesellschaft durch Autoritätsschwäche und Werteverfall klare Grenzen und Maßstäbe abhanden gekommen, mit der Folge von Orientierungslosigkeit, Desintegration, ja sogar Randalen und Gewaltausschreitungen.

Festzustellen ist: Gut 30 Jahre danach haben die ehemaligen ‚68er‘ ihren Marsch durch die Institutionen bis hin zur Bundesregierung abgeschlossen, aber ihre Deutung der Vergangenheit ist umkämpft, ihr Umgang mit der eigenen Vergangenheit umstritten, und damit auch ihr Machtanspruch und die Legitimierung ihres Handelns in der Gegenwart.<sup>5</sup> Darum ist die Kontroverse um die ‚68er‘ nicht nur historisch oder politikwissenschaftlich interessant, sie ist immer noch eine politische Debatte.

Szenenwechsel: Auch in den Niederlanden gelten die sechziger Jahre als politisch- und sozial-kulturelle Zäsur, und es wurden damals Forderungen nach Erneuerung der Demokratie sowie nach neuen, ‚entsäulten‘ Politikformen laut. Als Anfang 2001 die Debatte um Fischer und Trittin in der Bundesrepublik geführt wurde, ging die linke Wochenzeitung *Vrij Nederland* auf die Suche nach dem

TEPPE (Hrsg.), *Westfälische Forschungen. Zeitschrift des Westfälischen Instituts für Regionalgeschichte des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe* (48) 1998, S. 1 ff.

- 3 Vgl. F. WIELENGA, *Schatten deutscher Geschichte. Der Umgang mit dem Nationalsozialismus und der DDR-Vergangenheit in der Bundesrepublik*, Vierow bei Greifswald 1995; H.-U. THAMER, *Die NS-Vergangenheit im politischen Diskurs der 68er Bewegung*, in: TEPPE (Hrsg.) (wie Anm. 2), S. 39 ff.
- 4 H. LÜBBE, *1968. Zur kulturellen und politischen Wirkungsgeschichte in Deutschland*, in: V. SCHUBERT (Hrsg.), *1968. 30 Jahre danach*, St. Ottilien 1999, S. 185-208.
- 5 Vgl. WOLFRUM (wie Anm. 1), S. 28.

Werdegang niederländischer Alt-,68er', ohne daß jedoch eine politische Debatte daraus wurde.<sup>6</sup> Werden im Lande des Poldermodells jetzt auch historische Konflikte harmonisch und im Konsens zu den Akten gelegt? Oder gab es in den sechziger Jahren keine Konflikte? Das letzte stimmt sicherlich nicht, aber wer regt sich heute noch auf über den Sozialdemokraten Relus ter Beek, Verteidigungsminister von 1989 bis 1994 und seitdem Kommissar der Königin in der Provinz Drenthe, der 1965 an einem Denkmal für General van Heutsz – umstritten, weil er am Ende des 19. Jahrhunderts in Indonesien militärisch hart durchgegriffen hat – ein aufhetzendes Transparent gehängt hatte?

Auch in den Niederlanden hat es – vor allem 1966 – harte Auseinandersetzungen zwischen der Protestbewegung und der Polizei gegeben, wurden Hochschulen besetzt – 1969 wurde die Hochschule in Tilburg von den Studenten vorübergehend in Karl-Marx-Universität umgetauft –, und auch in den Niederlanden gab es viele Studenten, die in den siebziger Jahren kommunistische Sympathien hatten, in die kommunistische Partei eintraten, die allerdings durch diese Entwicklung entstalinisierte und feminisierte, eine Splitterpartei blieb und in den achtziger Jahren in der Bedeutungslosigkeit verschwand, bis sie 1990 zusammen mit anderen linken Splitterparteien die niederländischen Grünen gründete.<sup>7</sup> Das alles ist aber unzureichend für einen Kampf um die Geschichtsdeutung der sechziger und siebziger Jahre wie in der Bundesrepublik. Was war anders in den Niederlanden, und wie sind diese Unterschiede zu erklären?

### *Die politische Landkarte*

In den Niederlanden war 1958 das Jahrzehnt der Wiederaufbaukabinette unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Willem Drees (1948–1958) zu Ende gegangen.<sup>8</sup> Es waren Konsenskabinette gewesen, getragen von zwei etwa gleich großen Parteien, der sozialdemokratischen PvdA (Partij van de Arbeid) und der katholischen KVP (Katholieke Volkspartij). Beide Parteien erzielten bei den Parlamentswahlen bis Anfang der sechziger Jahre stets etwa 30 Prozent der Wählerstimmen und kämpften um die Stellung der größten Partei, was der PvdA zwei Mal – 1952 und 1956 – und der KVP vier Mal – 1946, 1948, 1959, 1963 – gelang. Die Zusammenarbeit zwischen Katholiken und Sozialdemokraten auf Regierungsebene wurde, je nach politischer Lage, um eine oder zwei kleinere Parteien erweitert – die rechtsliberale VVD (Volkspartij voor Vrijheid en Democratie) und/oder die protestantische ARP (Anti-Revolutionaire Partij)

<sup>6</sup> *De Nederlandse neefjes en nichtjes van Joschka Fischer*, in: *Vrij Nederland*, 20.01.2001.

<sup>7</sup> Zu den Niederlanden in den sechziger Jahren vgl. vor allem H. RIGHART, *De eideloze jaren zestig. Geschiedenis van een generatieconflict*, Amsterdam 1995; J.C. KENNEDY, *Nieuw Babylon in aanbouw. Nederland in de jaren zestig*, Amsterdam/Meppel 1995.

<sup>8</sup> Zum Wiederaufbau im Zusammenhang mit den politisch-kulturellen Entwicklungen vgl. K. SCHUYT/E. TAVERNE, *Nederlandse Cultuur in Europese Context. 1950. Welvaart in zwart-wit*, Den Haag 2000.

bzw. CHU (Christelijk-Historische Unie). Sieht man von den kleinen orthodox-christlichen Parteien und den im Abseits stehenden Kommunisten ab, gab es bis Ende der fünfziger Jahre einen breiten politischen Konsens aller wichtigen Parteien, der sich auf etwa 90 bis 95 Prozent der Wählerstimmen erstreckte und verschiedenartige Koalitionskabinette ermöglichte.

Tabelle 1: Wahlergebnisse der Parlamentswahlen („Tweede Kamer“) von 1946 bis 1981.

Angaben in %	1946	1948	1952	1956	1959	1963	1967	1971	1972	1977	1981
<b>KVP</b>	30,8	31,0	28,7	31,7	31,6	31,9	26,5	21,9	17,7	-	-
<b>ARP</b>	12,9	13,2	11,3	9,9	9,4	8,7	9,9	8,6	8,8	-	-
<b>CHU</b>	7,8	9,2	8,9	8,4	8,1	8,6	8,1	6,3	4,8	-	-
<b>CDA*</b>	-	-	-	-	-	-	-	-	-	31,9	30,8
<b>PvdA</b>	28,3	25,6	29,0	32,7	30,3	28,0	23,5	24,7	27,3	33,8	28,3
<b>VVD</b>	-	7,9	8,8	8,8	11,2	10,3	10,7	10,3	14,4	17,9	17,3
<b>D66</b>	-	-	-	-	-	-	4,5	6,8	4,2	5,4	11,1
<b>CPN</b>	10,6	7,7	6,2	4,8	2,4	2,8	3,6	3,9	4,5	1,7	2,1
<b>PPR</b>	-	-	-	-	-	-	-	1,8	4,8	1,7	2,0
<b>PSP</b>	-	-	-	-	1,8	3,0	2,9	1,4	1,5	0,9	2,1
<b>DS'70</b>	-	-	-	-	-	-	-	5,3	4,1	0,7	0,6
<b>BP</b>	-	-	-	-	0,7	2,1	4,7	1,1	1,9	0,8	-

\* hervorgegangen aus den Parteien KVP, ARP und CHU.

Abkürzungen und Erläuterungen:

Christlich-demokratische Parteien

- KVP, Katholieke Volkspartij
- ARP, Anti-Revolutionaire Partij
- CHU, Christelijk-Historische Unie
- CDA, Christen-Demokratisch Appèl

Sozialdemokratische Parteien

- PvdA, Partij van de Arbeid
- DS'70, Democratisch-Socialisten 70 (konservative Abspaltung der PvdA)

Rechte Protestparteien

- BP, Boerenpartij

Liberales Parteien

- VVD, Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (konservativ-liberal)
- D66, Democraten 66 (sozial-liberal)

Kleine linke Parteien

- CPN, Communistische Partij Nederland
- PPR, Politieke Partij Radicalen
- PSP, Pacifistisch Socialistische Partij

Quelle: <http://www.geschiedenis.com> (eigene Zusammenstellung).

Ist politischer Konsens das erste Stichwort für die fünfziger Jahre, so ist Versäulung das zweite. Auch wenn die Literatur zum Versäulungsthema große Interpretationsunterschiede verzeichnet und der Begriff Versäulung unterschiedlich definiert wird<sup>9</sup> – unumstritten ist die Tatsache, daß die fünfziger Jahre ein Höhepunkt der politisch-gesellschaftlichen Trennungen zwischen Katholiken, Protestanten und Sozialdemokraten gewesen sind. Abgeschottet voneinander lebten sie gesellschaftlich eingebettet in der eigenen Säule. Noch 1954 bekamen die Katholiken in einem Hirtenbrief die disziplinierende Botschaft – Höhepunkt, aber gleichzeitig Zeichen einer sich anbahnenden Krise der Versäulung –, es sei verboten, sich regelmäßig Rundfunksendungen der sozialdemokratischen Rundfunkanstalt anzuhören sowie Mitglied in sozialdemokratischen Vereinen zu sein. Ebenfalls negativ hatte 1953 die Zeitschrift *Antirevolutionaire Staatkunde* die Frage beantwortet, ob die Mitgliedschaft der ARP mit derjenigen im sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaftsbund NVV (Nederlands Verbond van Vakverenigingen) vereinbar sei.<sup>10</sup> Die Abschottung an der Basis und die Zusammenarbeit der parteipolitischen Spitzen bildeten keinen Widerspruch, sondern den politischen Kern der Versäulung, die, wenn auch vor einem sich verändernden historischen Hintergrund und dadurch auch in unterschiedlichen Formen und Auswirkungen, die niederländische Politik und Gesellschaft von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis in die sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts geprägt hat.<sup>11</sup> Schließlich ist für die politische Landkarte der Niederlande von großer Bedeutung, daß seit der Einführung des allgemeinen und geheimen Wahlrechts 1917 bis zur Entsäulung der sechziger Jahre die christdemokratischen Parteien gemeinsam über die absolute Mehrheit im Parlament verfügt hatten.

Sowohl die Versäulung als auch die damit zusammenhängende stabile, seit 1917 fast unveränderte politische Kräfteverteilung brachen in den sechziger Jahren zusammen. Wenn man sich die Wahlergebnisse der sechziger und der frühen siebziger Jahre anschaut, fällt auf, daß die KVP zwischen 1963 und 1972 mehr als 14 Prozent verlor (von 31,9 Prozent auf 17,7 Prozent) und daß die protestantische CHU ebenfalls stark zurückfiel (von 8,6 Prozent auf 4,8 Prozent). Die ARP bildete zwar noch eine Ausnahme und konnte sich noch auf knapp 9 Prozent der Stimmen halten, insgesamt fielen die drei christdemokratischen Parteien jedoch weit zurück, und bei den Parlamentswahlen von 1977 erzielte der CDA (Christen-Democratisch Appèl), in dem die KVP, CHU und

<sup>9</sup> Für einen guten Überblick über die Versäulungsdebatte vgl. P. PENNING, *Verzuiling: consensus en controverse*, in: U. BECKER (Hrsg.), *Nederlandse politiek in historisch en vergelijkend perspectief*, Amsterdam 1993, S. 97-120; siehe auch M. HOOGENBOOM, *Democratie. Een andere visie op verzuiling en politieke samenwerking in Nederland*, Leiden 1996.

<sup>10</sup> Vgl. A. LIJPHART, *Verzuiling, pacificatie en kentering in de Nederlandse politiek*, Amsterdam 1979, S. 50.

<sup>11</sup> Für ein derartiges multidimensionales Versäulungsmodell vgl. HOOGENBOOM (wie Anm. 9), S. 41-73.

ARP sich inzwischen zusammengeschlossen hatten, den gleichen Prozentsatz, den die KVP 1963 noch alleine erzielt hatte (31,9 Prozent).<sup>12</sup> Die PvdA, 1946 gegründet mit dem Anspruch, die Versäulung zu durchbrechen, gleichwohl in den fünfziger Jahren Teil des versäulten politischen Klimas, gehörte ebenfalls zu den Wahlverlierern der sechziger Jahre (von 30,3 Prozent im Jahre 1959 auf 23,5 Prozent 1967). Daß die Sozialdemokraten, im Gegensatz zu den Christdemokraten, Anfang der siebziger Jahre wieder zulegen konnten, wird unten noch zu erläutern sein; hier geht es darum, daß die stabile politische Kräfteverteilung im Zuge der Entsäulung in den sechziger Jahren zu Ende ging.

Tabelle 2: Ergebnisse kleiner und großer Parteien bei den niederländischen Parlamentswahlen 1946–1981.

Angaben in %	1946	1948	1952	1956	1959	1963	1967	1971	1972	1977	1981
<b>Kleine Parteien:</b>											
<b>katholisch</b> (KNP)	-	1,3	2,7	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>protestantisch</b> (SGP, GPV, RPF)	2,1	2,4	2,4	2,3	2,2	3,0	2,9	3,9	4,0	3,1	4,0
<b>links</b> (CPN, PSP, D66, PPR)	10,6	7,7	6,2	4,8	4,2	5,8	11,0	13,9	15,0	9,7	17,3
<b>konservativ</b> (BP, DS'70)	-	-	-	-	0,7	2,1	4,7	6,4	6,0	1,5	0,6
<b>Kleine Parteien insgesamt</b>	12,7	11,4	11,3	7,1	7,1	10,9	18,6	24,2	25,0	14,3	21,9
<b>Große Parteien insgesamt</b> (KPV, PvdA, ARP, CHU, VVD)	79,8	86,9	86,7	91,5	91,6	87,5	78,7	71,8	73,0	83,6	76,4
<b>Total</b>	92,5	98,3	98,0	98,6	98,7	98,4	97,3	96,0	98,0	97,9	98,3

Quelle: LIJPHART (wie Anm. 10), S. 151 (eigene Zusammenstellung und Ergänzung).

<sup>12</sup> Der CDA wurde formell erst 1980 gegründet. 1977 traten KVP, CHU und ARP mit einer gemeinsamen Liste zur Parlamentswahl an. Zur Entwicklung der christdemokratischen Parteien vgl. R.S. ZWART, *Gods wil in Nederland. Christelijke ideologieën en de vorming van het CDA (1880–1980)*, Kampen 1996. Siehe zur KVP in dieser Periode ausführlich J.A. BORNEWASSER, *Katholieke Volkspartij 1945–1980*, Band 2: *Heroriëntatie en integratie (1963–1980)*, Nijmegen 2000.

Durch die niedrige Wahlhürde<sup>13</sup> war es traditionsgemäß für kleine Parteien einfach gewesen, ins niederländische Parlament gewählt zu werden. Bemerkenswert war jedoch, daß trotzdem kleine Parteien seit der Einführung des allgemeinen, freien und geheimen Wahlrechts 1917 insgesamt und durchschnittlich nur um die 10 Prozent der Stimmen bekommen hatten und daß dieser Prozentsatz in den fünfziger Jahren auf etwa 7 Prozent abgesunken war. Für die großen Parteien galt umgekehrt, daß sie in den fünfziger Jahren insgesamt sogar mehr als 91 Prozent erzielten und auf eine treue, an die Säule gebundene Wählerschaft bauen konnten. Kennzeichnend für die politische Landschaft der sechziger Jahre ist nun, daß dieser traditionell hohe Prozentsatz für die etablierten großen Parteien 1967 auf 78,7 Prozent zurückfiel und 1971/72 noch weiter auf etwa 71,8 Prozent. Nie zuvor in der parlamentarischen Geschichte der Niederlande hatten die großen und etablierten Parteien so wenige Stimmen erhalten wie in den Jahren 1967 bis 1971/72, und nie zuvor waren umgekehrt neue und kleine Parteien so erfolgreich gewesen. Genauso wie in den dreißiger Jahren, als kleine Parteien ebenfalls relativ erfolgreich waren, sind diese Erfolge als Zeichen politischer Unzufriedenheit zu deuten. Ging es in den dreißiger Jahren um Zweifel an der Fähigkeit eines demokratischen Systems, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme jener Jahre zu lösen, und hielt sich diese sogenannte ‚kleine Krise‘ der Demokratie u.a. dadurch in Grenzen, daß die Einbindung der Bevölkerung in die Säulen ein Abdriften nach extrem links oder nach extrem rechts verhinderte,<sup>14</sup> standen in den sechziger Jahren die Kritik an der verkrusteten Elitendemokratie der Versäulung sowie ein Bedürfnis nach mehr Demokratie und politischer Partizipation im Mittelpunkt. Die Gründung der linksliberalen Partei Demokraten 66 (D66) im Jahre 1966 und der bereits ein Jahr später mit dem sensationell empfundenen Ergebnis von 4,5 Prozent erfolgte Sprung ins Parlament waren, zusammen mit den herben Verlusten der etablierten Parteien, ein Zeichen dafür, daß sich in der politischen Kultur tiefgreifende Veränderungen vollzogen. Die Linksliberalen forderten politische Reformen, die der Bevölkerung mehr politische Partizipationsmöglichkeiten einräumen würden, und traten mit dem Ziel an, das versäulte politische System ‚in die Luft zu sprengen‘: Auf dessen Trümmern sollte ein modernes, transparentes Zweiparteiensystem

<sup>13</sup> Bis 1956 reichte für einen von hundert Sitzen insgesamt 1 Prozent; als 1956 die Zahl der Parlamentssitze auf 150 erhöht wurde, senkte sich die Wahlhürde dementsprechend auf 0,67 Prozent.

<sup>14</sup> A.A. de Jonge unterscheidet für die dreißiger Jahre zwischen einer ‚kleinen‘ und einer ‚großen‘ Krise der Demokratie. Die kleine Krise beinhaltet Kritik an der geringen Tatkraft der demokratischen Regierungen und an ihrer Unfähigkeit, die sozialen und wirtschaftlichen Probleme zu lösen. Die große Krise bedeutet potentiell mehrheitsfähige Fundamentalkritik an den Grundlagen des demokratischen Systems und impliziert eine reelle Bedrohung der Demokratie durch links- oder rechtsextreme Ideologien. Eine große Krise der Demokratie gab es in den Niederlanden nicht. Ausführlich hierzu A.A. DE JONGE, *Crisis en critiek der democratie. Antidemocratische stromingen en de daarin levende denkbeelden over de staat in Nederland tussen de wereldoorlogen*, Assen 1968.

nach anglo-amerikanischem Beispiel mit einem direkt gewählten Ministerpräsidenten errichtet werden. An die Stelle der schwer kontrollierbaren ‚Hinterzimmerpolitik‘, in der die Spitzen der jeweiligen Säulen untereinander die Entscheidungen trafen, sollten politische Klarheit, demokratische Kontrollierbarkeit und Bürgernähe treten. Nicht nur unter Linksliberalen wurden derartige Forderungen nach politischer Modernisierung laut. In breiten Kreisen war z.B. die Verärgerung groß, daß zwischen 1963 und 1967 aufgrund nur einer Parlamentswahl (1963) drei Kabinette unterschiedlicher politischer Couleur antraten.<sup>15</sup> Derartige Entscheidungsabläufe, typisch für die versäulte ‚Befriedungsdemokratie‘, seien unzeitgemäß und sollten durch eine transparente politische Neuordnung künftig verhindert werden.

D66 war nicht die einzige politische Formation, die das versäulte politische System in Frage stellte und die teilweise herben Verluste der etablierten Parteien hervorrief. Innerhalb der KVP rührte sich eine radikal-christliche, stark ethisch-idealistisch motivierte und auf die Nord-Süd-Problematik orientierte Strömung, die 1968 austrat und die PPR (Politieke Partij Radikalen) gründete. 1972 erreichte sie knapp 5 Prozent der Wählerstimmen und war damit ebenfalls ein Faktor im Zusammenbruch der christlich-demokratischen Dominanz. Auf der rechten Seite hatte sich bereits Ende der fünfziger Jahre die BP (Boerenpartij) als Protestpartei formiert, die durch ihren schillernden Parteiführer – nach seinem Beruf bekannt als ‚Bauer Koekoek‘ – mehr Aufmerksamkeit auf sich zog, als es ihre politische Bedeutung rechtfertigte. Die BP erzielte bei den Parlamentswahlen 1967 4,7 Prozent der Stimmen, und auch dieses Ergebnis machte deutlich, daß die alte stabile Parteienlandschaft dabei war, zu verschwinden. Ebenfalls neu war die konservativ orientierte DS 70 (Democraten 70), die 1970 von enttäuschten Sozialdemokraten gegründet wurde, als die PvdA sich durch den Aufmarsch der ‚Neuen Linken‘ in der Partei nach links bewegt hatte. Der Erfolg dieser konservativen Sozialdemokraten währte nur kurz: 1971 und 1972 kamen sie auf 5,3 bzw. 4,1 Prozent der Stimmen, aber auch diese Ergebnisse weisen darauf hin, daß das niederländische politische System in den sechziger Jahren flexibel und integrativ auf die neuen politischen Entwicklungen reagieren konnte: Das gesellschaftliche und politische Unbehagen äußerte sich nicht zuletzt in der Gründung und Absplitterung neuer politischer Gruppierungen und Parteien, die in den Jahren 1967 bis 1972 den Sprung ins Parlament schafften, sowohl auf der linken als auch auf der rechten Seite zu einer weiteren Differenzierung der politischen Landschaft führten und somit das genannte Unbehagen kanalisieren.

Integrativ war auch die sozialdemokratische PvdA, die 1946 als sogenannte ‚Durchbruch-Partei‘ gegründet worden war und statt versäulter Parteienvielfalt ein Zweiparteiensystem verwirklichen wollte, dazu jedoch ungenügend Unter-

<sup>15</sup> Vgl. H. DE LIAGRE BÖHL, *Consensus en polarisatie. Spanningen in de verzorgingsstaat 1945–1990*, in: R. AERTS u.a., *Land van kleine gebaren. Een politieke geschiedenis van Nederland 1780–1990*, Nijmegen 1999, S. 297 ff.



stützung bekam und somit auch mehr zur sozialdemokratischen Neuaufgabe als zu einer breiten fortschrittlichen Sammlungsbewegung wurde. Die Folge war, daß die PvdA, genauso wie die christlich-demokratischen Parteien KVP, ARP und CHU, ein Teil der politischen Versäulungskultur war, obwohl sie ursprünglich mit einem entgegengesetzten Ziel angetreten war. So wundert es nicht, daß die PvdA in den sechziger Jahren keineswegs automatisch zum glaubwürdigen Vorreiter der politischen Erneuerung werden konnte: Dafür war sie selber zu sehr eine Partei des kritisierten ‚verkrusteten politischen Establishments‘. Innerhalb der Partei gab es allerdings eine kleine, doch lautstarke Strömung, die dieser Meinung war und sich 1966 als ‚Neue Linke‘ formierte. Kennzeichnend für diese Neuen Linken, die mit einem Durchschnittsalter von mehr als dreißig Jahren deutlich älter waren als das Alter, das meistens mit der Protestbewegung in Verbindung gebracht wird, war, daß sie mit ‚sweeping statements‘ für den Austritt der Niederlande aus der NATO, für die Anerkennung der DDR und des Vietcong plädierten und in der Innenpolitik u.a. für mehr Mitbestimmung in den Betrieben und die Verstaatlichung von Banken eintraten.<sup>16</sup> Viel Tiefe und Analyse lieferte die niederländische Neue Linke nicht, und auch wenn in ihren Texten Verweise auf politische Philosophen wie Herbert Marcuse, C. Wright Mills und andere zu finden waren, machte dies eher einen gewollten Eindruck, und mit durchdachten politischen Theorien hatten ihre Veröffentlichungen nichts zu tun. Der Neuen Linken ging es um konkrete Teilhabe an der Macht innerhalb der Partei, um eine Durchbrechung der alten ‚Regentenkultur‘ der Partei, um mehr innerparteiliche Demokratie sowie um deutlichere Abgrenzung gegenüber den anderen politischen Parteien, vor allem gegenüber der KVP. Bereits 1967 gewann die Neue Linke etwa ein Drittel der Sitze im Parteivorstand, 1969 sogar die Mehrheit, und mit André van der Louw bekam die Partei 1971 sogar einen Vorsitzenden aus diesem Kreis. Die Partei rückte nach links und setzte zunehmend auf die Strategie der politischen Polarisierung statt der bis dahin für die politische Kultur der Nachkriegszeit dominierenden Konsenssuche. So sprach sich der Parteikongreß 1969 gegen eine künftige Zusammenarbeit mit der KVP aus, solange diese sich nicht zu einer fortschrittlicheren Partei entwickeln würde. Zugleich setzte man auf eine Zweiteilung der niederländischen Politik in einen ‚linken‘ und einen ‚konservativen‘ Block, die man durch Polarisierung herbeiführen wollte und die zu einer linken Mehrheit führen sollte. Jedoch hielt sich diese Radikalisierung in Grenzen und blieb ohne Theoriegehalt pragmatisch. Im nachhinein erscheint sie lediglich als eine doppelte Machtstrategie der Neuen Linken: Zum einen waren die radikalen ‚sweeping statements‘ ein erfolgreiches Instrument auf dem Weg zur Macht innerhalb der Partei selbst, zum anderen sollten sie zur Abgrenzung gegenüber den ‚Konservativen‘ führen, der politischen Kultur der Versäulung ein Ende bereiten und eine Zeit politischer Reformen einleiten. Als 1973 das von der

<sup>16</sup> Vgl. D. BOSSCHER, *De jaren 1946–1970*, in: M. BRINKMAN u.a. (Hrsg.), *Honderd jaar sociaaldemocratie in Nederland 1894–1994*, Amsterdam 1994, S. 230 ff.

PvdA dominierte Reformkabinett unter Joop den Uyl zustande kam, schien dieses Ziel erreicht zu sein. Die Christdemokraten waren geschwächt und in die Defensive gedrückt, während die inzwischen ehemalige Neue Linke wichtige Positionen im Kabinett und in der Fraktion innehatte. Die Integration der Neuen Linken war schnell und fast schmerzlos verlaufen.

Die politische Entwicklung in der Bundesrepublik verlief wesentlich anders. Während in den Niederlanden in den fünfziger Jahren von einer breiten politischen Übereinstimmung gesprochen werden konnte, war in der Bundesrepublik zwischen den Parteien zwar von einem ‚Verfassungskonsens‘ die Rede gewesen, aber nicht von einem politischen ‚Basiskonsens‘.<sup>17</sup> Eine Grundsatzübereinstimmung über die bundesdeutsche Sozial- und Wirtschaftsordnung sowie über die Außen- und Sicherheitspolitik sollte erst 1959/60 mit dem Godesberger Programm der SPD und mit der berühmten Bundestagsrede von Herbert Wehner vom Juni 1960 erreicht werden. Im Gegensatz zu den Niederlanden, wo es mehrere Koalitionsmöglichkeiten gab, ging es in der Bundesrepublik um das Entstehen eines zweiten regierungsfähigen Lagers. Dies war nur möglich, wenn die SPD sich zur politischen Mitte öffnen und sich von einer Klassen- zu einer modernen Volkspartei entwickeln würde. Genau das geschah in den sechziger Jahren. Indem die SPD sich glaubhaft als entideologisierte Partei zeigte und deutlich machte, daß es ihr mit dem 1959/60 erreichten politischen Basiskonsens ernst war, konnte sie Wählerstimmen aus dem bürgerlichen Lager gewinnen. Diese Entwicklung führte zu einer erheblichen Stärkung der Partei, zur Regierungsverantwortung in der Großen Koalition ab 1966 und drei Jahre später zum Zustandekommen der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt. Die Kehrseite dieser Entwicklung war jedoch, daß durch die Große Koalition und durch die notwendige Abgrenzung der SPD nach links großen Teilen der Protestbewegung der sechziger Jahre eine parteipolitische Heimat fehlte. Gravierender war noch, daß die Enttäuschung über den Eintritt der SPD in die Große Koalition und die Abwesenheit einer wirkungsvollen parlamentarischen Opposition (insgesamt 447 Sitze für die Koalition gegenüber 49 für die FDP) nicht nur das Vertrauen in die parlamentarische Demokratie verringerte, sondern auch noch den Eindruck erweckte, daß nur durch eine außerparlamentarische Opposition ein notwendiges Gegengewicht zu schaffen sei.<sup>18</sup>

Vergleicht man nun die politische Landkarte der Niederlande und der Bundesrepublik in den sechziger Jahren miteinander, fällt auf, daß die Niederlande ein dehnbarees Auffangbecken für neue politische Strömungen und Parteien in-

<sup>17</sup> Vgl. R. STÖSS (Hrsg.), *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980*, Opladen 1983, S. 204 ff.

<sup>18</sup> Zur Entwicklung innerhalb der SPD vgl. A. BARING, *Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel*. Stuttgart 1982; P. LÖSCHE/ F. WALTER, *Die SPD. Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung*, Darmstadt 1992; F. WIELENGA, *De SPD en de macht in Bonn 1949–1993*, in: *Socialisme en Democratie* 50 (1993) Nr. 5, S. 211 ff.

nerhalb des bestehenden Systems hatten und daß in dieser Periode tatsächlich eine parteipolitische Ausdifferenzierung stattfand.

In der Bundesrepublik waren derartige Möglichkeiten mehrfach begrenzt, und zwar durch eine Parteienlandschaft und ein politisches System, die den Erfolg neuer Parteien erschwerten, durch eine sozialdemokratische Partei, die auf dem Weg zur politischen Mitte war und diesen Weg weder verlassen konnte noch wollte, und durch eine wirkungslose parlamentarische Opposition. Während in den Niederlanden sich die politische Landschaft im Zuge der Entsäulung weiter pluralisierte und das politische Konsensmodell zu Ende ging, bewegten sich in der Bundesrepublik die großen Parteien aufeinander zu, was keineswegs dem wachsenden Bedürfnis nach mehr Wahlmöglichkeiten, nach klaren Konturen und nach politischer Partizipation entsprach. Als sich 1969 die Lage änderte, Willy Brandt zum Hoffnungsträger einer Partizipationsdemokratie geworden war und die Reformeuphorie – ‚Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen erst richtig an‘ – viele zur SPD zog, stellte sich kurze Zeit später heraus, daß der Weg der politischen Integration der inzwischen in viele Gruppen und Grüppchen zerfallenen APO noch ein langer und schmerzhafter war. Erst nach den Irrwegen der siebziger Jahre mit Spontis, Maoisten, kommunistischen und marxistischen Splittergruppen bis hin zum Terror der RAF und anderen konnte dieser Prozeß mit der Etablierung der Grünen zu Beginn der achtziger Jahre erfolgreich abgeschlossen werden.<sup>19</sup> Somit ist als Zwischenfazit festzustellen, daß die Niederlande vor dem Hintergrund ihrer politischen Struktur und ihrer parteipolitischen Landschaft in den sechziger Jahren für die Integration von Protestbewegungen besser gerüstet waren als die Bundesrepublik.

### *Politisch-gesellschaftliches Klima*

Bevor es in den Niederlanden zu den parteipolitischen Veränderungen der sechziger Jahre kam, war auf politisch-kulturellem Gebiet bereits deutlich geworden, daß die Versäulung ihren Höhepunkt hinter sich hatte. Die Kraft der Säulen war immer ihre Prinzipienfestigkeit, ihr Selbstbewußtsein, ihre Unbeugsamkeit und ihre Abschottung nach außen gewesen. In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre hatte diese alte bindende Kraft allmählich nachgelassen. Sowohl in protestantischen als auch in katholischen Kreisen war um 1960 die frühere abgrenzende Gewißheit ‚Wir haben die Wahrheit‘ verschwunden. Der Soziologe P.J. Bouman diagnostizierte 1958 für die Niederlande eine fortschreitende Technologisierung der Gesellschaft und eine damit zusammenhängende „Revolution von Verhalten und Moral“.<sup>20</sup> Man könne diese Entwicklung bereuen oder

<sup>19</sup> Zur Geschichte der Grünen vgl. J. RASCHKE, *Die Grünen. Was sie waren, was sie sind*, Köln 1993.

<sup>20</sup> Zit. nach KENNEDY (wie Anm. 7), S. 42.

begrüßen, aber die Uhr sei nicht zurückzudrehen. Höchstens könne man versuchen, den Prozeß zu kanalisieren und Exzessen vorzubeugen.<sup>21</sup> Tatsächlich herrschte in den fünfziger Jahren bei vielen in den Niederlanden das Gefühl vor, in einer dynamischen Zeit großer Veränderungen zu leben.<sup>22</sup> Verwunderlich war das nicht, denn gerade in diesen Jahren vollzog sich in hohem Tempo ein Prozeß der Urbanisierung und Industrialisierung. Zwischen 1947 und 1956 verringerte sich der Prozentsatz der in der Landwirtschaft tätigen Niederländer von 20 auf 13. Im Jahre 1956 wohnten 56 Prozent der Niederländer in städtischem Gebiet; kurz vor dem Zweiten Weltkrieg waren es noch 36 Prozent gewesen. In der Schlußfolgerung eines Forschungsberichts über diese Entwicklungen hieß es 1961: „Auf dem Lande vollzieht sich eine wirtschaftliche, soziale und mentale Revolution, die wegen ihrer Reichweite und Geschwindigkeit sogar Kenner der Materie immer wieder überrascht.“<sup>23</sup> Die Niederlande modernisierten in diesen Jahren in hohem Tempo, und es ist festzustellen, daß das Bild der unbeweglichen und ruhigen fünfziger Jahre ein Klischee über eine Phase ist, die zwischen den schwierigen und bewegenden Jahren der Besatzungszeit (1940–1945) und der Aufbruchstimmung der späteren sechziger Jahre ‚eingeklemmt‘ war. Oberflächlich gesehen war die versäulte politische und gesellschaftliche Struktur noch intakt – die oben wiedergegebenen Wahlergebnisse weisen ebenfalls deutlich darauf hin –, aber die Eliten der Säulen spürten, daß ihre frühere moralische, theologische und disziplinierende Führung in einer Zeit fortschreitender Individualisierung und Säkularisierung unzureichend geworden war. Die ablehnende Reaktion vieler katholischer Intellektueller auf den oben genannten Hirtenbrief aus dem Jahre 1954, in dem es Katholiken verboten worden war, Mitglied in sozialdemokratischen Vereinen zu sein oder sich Rundfunksendungen sozialdemokratischer Rundfunkanstalten anzuhören, hatte bereits Mitte der fünfziger Jahre deutlich gemacht, daß für eine überzeugende Führung nicht Weisungen, sondern Gespräche und Argumente gefragt waren.<sup>24</sup> Auch in den Diskussionen über Erziehung spiegelte sich diese Entwicklung wider. Nicht Zwang oder autoritäres Verhalten, sondern gegenseitiges Verständnis im Gespräch wurde für eine moderne Eltern-Kind-Beziehung empfohlen. Die damit zusammenhängende allgemeine Verunsicherung über Normen, Werte und Verhaltensweisen brachte Willem Banning, Pfarrer und in den vierziger und fünfziger Jahren der wichtigste sozialdemokratische Ideologe, 1960 zum Ausdruck, in dem er offen gestand, der Jugend keine Ideale mit auf den Weg in die Zukunft geben zu können. Das Beste, das Eltern tun könnten, sei, die Jugend mit nüchternem Realitätssinn und Liebe zur Freiheit auszurüsten, und das hieß auch: selber zuhören können, auf die Wünsche der modernen Ju-

<sup>21</sup> Ebd.

<sup>22</sup> Vgl. H. RIGHART/P. DE ROOY, *In Holland staat een huis. Weerzin en vertedering over de jaren vijftig*, in: P. LUYKX/P. SLOT (Hrsg.), *Een stille revolutie? Cultuur en mentaliteit in de lange jaren vijftig*, Hilversum 1997, S. 11 ff.

<sup>23</sup> Zit. nach KENNEDY (wie Anm. 7), S. 41.

<sup>24</sup> Vgl. SCHUYT/TAVERNE (wie Anm. 8), S. 359 ff.

gend eingehen, um sie so besser auf die Gesellschaft vorbereiten und integrieren zu können.<sup>25</sup> Sicherlich wäre die Behauptung verfehlt, in den Niederlanden seien um 1960 antiautoritäre Erziehungsmethoden auf dem Vormarsch gewesen. Wichtig ist jedoch die Feststellung, daß im Laufe der fünfziger Jahre die Eliten der Säulen zu der Überzeugung gelangten, daß sie sich der Modernisierung anschließen sollten und dazu ihr bisheriger Führungsstil geändert werden mußte.

An der Haltung der katholischen Kirche in den frühen sechziger Jahren kann dies weiter verdeutlicht werden. Stärker als in anderen Ländern war in den Niederlanden die liberale Botschaft des Zweiten Vatikanischen Konzils von 1962 begrüßt worden. Ein wichtiger Vertreter der sich öffnenden katholischen Kirche in den Niederlanden war der Bischof von Den Bosch, Wilhelmus Bekkers, der durch seine nachdenkliche Offenheit bis über die Grenzen der katholischen Kirche hinaus eine beliebte Person war. Auf die heiß umstrittene Frage nach der Haltung der katholischen Kirche zur gerade auf den Markt gekommenen Anti-Baby-Pille erklärte er 1963 im Fernsehen, daß es dem Gewissen der Ehepaare zu überlassen sei, ob die Frau die Pille nehmen würde oder nicht. Die Erklärung für diese liberale, wenn nicht revolutionäre Antwort liegt nicht darin, daß Bekkers eine besonders fortschrittliche Person war – das war er nicht –, und bis Ende der fünfziger Jahre galt er eher als konservativ. Die Erklärung für seine Haltung gegenüber der Anti-Baby-Pille lautet, daß er zu der Überzeugung gekommen war, daß die katholische Kirche ihre Attraktivität nur dann aufrechterhalten könne, wenn sie sich zu einer offenen, kritischen, liberalen und modernen Kirche entwickeln würde. Würde sie sich der Modernisierung und dem Veränderungswillen verschließen, würden ihr die Gläubigen davonlaufen, so befürchtete Bekkers, der mit dieser Haltung durchaus die Linie der damaligen Elite der noch bestehenden Säulen vertrat.<sup>26</sup> Auch in parteipolitischer Hinsicht zeigte sich die Aufweichung der herkömmlichen versäulten Struktur. 1966, ein Jahr vor der ersten großen Wahlniederlage der KVP, hieß es in einem internen Bericht der Partei, es gebe keinen prinzipiellen Grund mehr für eine katholische Partei, denn die Emanzipation der Katholiken sei abgeschlossen und die alten ideologischen Gegensätze zu den Sozialdemokraten und den Liberalen seien weitgehend verschwunden. Das war zwar kein Plädoyer für die Auflösung der eigenen Partei, aber es war schon ein Abschied vom früheren Selbstverständnis der Partei und Zeichen für eine schwierige Suche nach einer neuen Identität, die letztendlich 1980 im Zusammenschluß der drei wichtigen christlichen Parteien KVP, ARP und CHU zum Christen-Demokratischen Appèl führte.<sup>27</sup> Auch wenn die protestantische ARP anfänglich weniger von der Entsäulung betroffen war und ihr eine schwere Identitätskrise erspart blieb, stellte der Theologe Pro-

<sup>25</sup> Vgl. KENNEDY (wie Anm. 7), S. 45.

<sup>26</sup> Zur Entwicklung unter Katholiken in den fünfziger Jahren vgl. P. LUYKX, *Erger dan de Reformatie? Katholieken in de jaren vijftig*, in: LUYKX/SLOT (wie Anm. 22), S. 67 ff.

<sup>27</sup> Vgl. ausführlich BORNEWASSER (wie Anm. 12), Bd. 2, S. 3 ff. Zur Geschichte des CDA siehe H.-M. TEN NAPEL, *Een eigen weg. De totstandkoming van het CDA (1952–1980)*, Kampen 1992.

fessor Harry Kuitert 1966 fest, daß die eigene, abgeschottete, isolierte evangelisch-reformierte Welt nicht mehr existiere und es nur noch *eine* Welt gebe, in der es, je nachdem wie man es sehe, auch noch eine überflüssige evangelisch-reformierte Welt gebe.<sup>28</sup>

Faßt man die Haltung der Eliten der Säulen in den späten fünfziger und in den sechziger Jahren zusammen, dann ist festzustellen, daß ihre Verunsicherung nicht zu einer Erstarrung, sondern zu einem Versuch der Öffnung führte. In der Gewißheit, daß neue Antworten notwendig waren, und in der Hoffnung, den Erneuerungsprozeß lenken und beherrschen zu können, zeigte man sich selbstkritisch und gesprächsbereit. Wie oben jedoch formuliert, war die Kraft der alten Säulen ihre Abschottung, Unbeugsamkeit und Prinzipienfestigkeit gewesen, und gerade diese Charaktermerkmale wurden durch diese Haltung zur Disposition gestellt. Zugespißt ausgedrückt: Durch das Sich-Öffnen und Zurückweichen sägte man, wenn auch unbeabsichtigt, den Ast ab, auf dem man saß. Das versäulte System wurde von innen heraus angetastet, und zwar nicht zuletzt von den Eliten selber in einem vergeblichen Versuch, auf dem Weg der Erneuerung die Führung zu behalten. Der Zerfall ihrer politischen Dominanz war damit jedoch nicht aufzuhalten, wie auch die bereits gezeigten Wahlergebnisse jener Jahre verdeutlichen. Diese Entwicklung hatte allerdings wenig mit der ‚68er‘-Generation zu tun, denn sie hatte bereits in den späten fünfziger Jahren angefangen, und ein Großteil der ‚68er‘ durfte 1967 – beim ersten politischen Einsturz des Säulensystems – noch nicht einmal wählen.<sup>29</sup>

Durch diese Entwicklung traf die Protestbewegung der sechziger Jahre auf eine selbstkritische, suchende Elite, die nicht ausgrenzen, sondern integrieren wollte. Es war diese integrative Grundlinie, die mit erklärt, warum es in den Niederlanden nicht zu einem allgemeinen Grabenkrieg zwischen ‚Establishment‘, Erneuerern und Protestbewegung kam. Das bedeutete nicht die Abwesenheit von Konflikten oder von harten Auseinandersetzungen, aber es kam nicht zu tiefen gesellschaftlichen Rissen und Brüchen wie in manchen anderen Staaten. Als die niederländische Studentenbewegung, die sich bis weit in die sechziger Jahre wenig mit der ‚großen‘ Politik, sondern vor allem mit Interessenvertretung im engeren Sinne (mehr Studentenwohnheime, billiges Essen in der Mensa usw.) beschäftigt hatte, 1967/68 radikalisierte, bekamen auch die Niederlande 1969 ihre Studentenrevolte, von Hans Righart umschrieben als eine ‚gutmütige Parodie‘ auf die Pariser Ereignisse vom Mai 1968.<sup>30</sup> Bei der Besetzung von Universitätsgebäuden (u.a. Tilburg und Amsterdam) zeigten Politik

<sup>28</sup> Zitiert nach KENNEDY (wie Anm. 7), S. 97. Zur ARP in dieser Zeit vgl. J.-J. VAN DEN BERG, *Deining. Koers en karakter van de ARP ter discussie, 1956–1970*, Kampen 1999; zur Geschichte der Partei insgesamt vgl. G. HARINCK/R. KUIPER u.a. (Hrsg.), *De Antirevolutionaire Partij 1829–1980*, Hilversum 2001.

<sup>29</sup> Zur Relativierung der Rolle der ‚Babyboom-Generation‘ in den sechziger Jahren vgl. D. BOSSCHER, *De dood van een metselaar en het begin van de jaren zestig in Nederland*, Groningen 1992.

<sup>30</sup> RIGHART (wie Anm. 7), S. 258.

und Universitätsverwaltungen gleichermaßen Verständnis für die Forderungen nach mehr Mitbestimmung für den Mittelbau und die Studenten. Auch im Parlament drängte eine Mehrheit auf universitäre Reformen, und so wurde bereits 1970 ein neues Universitätsgesetz verabschiedet, das die universitären Machtverhältnisse völlig umkrempelte und innerhalb der Fachbereiche die Machtposition der Professoren faktisch beendete. Nach diesem Gesetz (*Wet Universitaire Bestuurshervorming, WUB*) brauchten die Studentenvertreter im Fachbereichsrat nur einen Vertreter des Mittelbaus auf ihre Seite zu ziehen, um über die Mehrheit und damit über die Entscheidungsbefugnis in wichtigen Angelegenheiten (u.a. über Studienordnungen und personalpolitische Fragen) zu verfügen. Kennzeichnend für die Haltung eines Großteils der universitären und politischen Elite war das väterliche Plädoyer des Rektors der Universität von Amsterdam, Prof. Dr. A.D. Belinfante, die Besetzer seiner Universität freizusprechen, als diese im Sommer 1969 vor Gericht standen. Eine strafrechtliche Verurteilung, so der Jura-Professor Belinfante, selber zunächst eher ablehnend gegenüber den studentischen Forderungen nach mehr Mitbestimmung, würde sich nachteilig auf die Karriere dieser Jugendlichen auswirken, und dies sollte vermieden werden.<sup>31</sup>

In der Bundesrepublik war die Zahl derjenigen politischen Persönlichkeiten, die bereit waren, selbstkritisch und suchend das Gespräch mit der Protestbewegung zu führen, erheblich geringer als in den Niederlanden. Auch wenn die Spiegel-Affäre 1962 gezeigt hatte, daß sich seit den frühen sechziger Jahren ein neues Demokratieverständnis anbahnte, in dem mündige Bürger mehr Mitbestimmung und Partizipation forderten, gab es zwischen der Protestbewegung der zweiten Hälfte der sechziger Jahre und der politischen Elite einen tiefen Graben, der eng mit der fehlenden Kommunikation zwischen beiden zusammenhing. Der Bundesjustizminister der Großen Koalition und spätere Bundespräsident, Gustav Heinemann, war eine Ausnahme, als er nach dem Attentat auf den Studentenführer Rudi Dutschke am 11. April 1968 und der darauffolgenden Gewaltexplosion der Osterunruhen in einer Rundfunk- und Fernsehrede meinte, daß die Kritik der jungen Generation ernst genommen werden sollte und daß jeder – jung und alt – sich fragen sollte, was er zu dieser Entwicklung der eskalierenden Gewalt beigetragen habe. Es war in diesem Zusammenhang, daß er den bekannten Satz aussprach: „Wer mit dem Zeigefinger allgemeiner Vorwürfe auf den oder die vermeintlichen Anstifter oder Drahtzieher zeigt, sollte daran denken, daß in der Hand mit dem ausgestreckten Zeigefinger zugleich drei andere Finger auf ihn selbst zurückweisen.“<sup>32</sup> Heinemann war nicht der einzige, der mit derartigen Tönen versuchte, die verhärteten Fronten aufzuweichen – innerhalb der CDU ist Rainer Barzel zu nennen; vorherrschend war jedoch die Meinung, die Unruhen seien keine Angelegenheit der Politik, sondern der Polizei. Es ist diese fehlende Aufgeschlossenheit der Mehrheit der politischen Elite,

<sup>31</sup> Vgl. ebd., S. 260.

<sup>32</sup> Vgl. BARING (wie Anm. 18), S. 94.

die auffällt, und die auch damals von vielen, die die radikalen Töne der Protestbewegung nicht unterstützten, bemängelt wurde. 1978, zehn Jahre nach den Osterunruhen, schrieb Rolf Zundel in der *Zeit* im Rückblick über die Außerparlamentarische Opposition: „Denn das war die APO neben einer politischen Provokation ja auch noch: der tumultuarische Versuch, Antwort auf die Sinnfrage der Politik zu geben. Meist aber wurden die Fragen mit der Antwort abgepeist, es sei verboten, die Regeln zu verletzen. Selten ist gründlicher aneinander vorbeidiskutiert worden.“<sup>33</sup>

Damit ist ein zweites Zwischenfazit zu ziehen: In den Niederlanden gab es weniger Konfrontation und mehr Integration, nicht nur, weil das politische System und die politische Landschaft besser gerüstet waren als in der Bundesrepublik, sondern auch, weil die politische und gesellschaftliche Elite offener, selbstkritischer und gesprächsbereiter war als die Elite in der Bundesrepublik. Diese reagierte stark ablehnend auf die Forderungen der Protestbewegung, die sich daraufhin radikalisierte, und so wurde ein Aktions-Reaktions-Prozeß in Gang gesetzt, der durch gegenseitiges Unverständnis zur weiteren Eskalation führte. In den Niederlanden hingegen riß, trotz harter Auseinandersetzungen, der Gesprächsfaden nicht ab, wodurch in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre der Weg der Deeskalation gegangen werden konnte.<sup>34</sup> Diese Feststellung ist noch keine Erklärung, und es stellt sich schließlich die Frage nach den Gründen des unterschiedlichen Verhaltens der Eliten in beiden Staaten. Dazu gibt es zwei einander ergänzende Antworten.

### *Demokratisches Selbstbewußtsein und Identität*

Erstens ist festzustellen, daß es in der Bundesrepublik – im Gegensatz zu den Niederlanden – in den sechziger Jahren noch kein stark ausgeprägtes demokratisches Selbstbewußtsein gab. In den Niederlanden verbreiteten sich durch die Entsäulung und durch die Protestbewegung zwar Unsicherheit und ein politisches Krisengefühl, nie aber wurde ernsthaft an der politischen Stabilität oder an der Zukunft der Demokratie gezweifelt – auch nicht 1966, im Jahr der härtesten Auseinandersetzungen und gewalttätigen Ausschreitungen in Amsterdam, die zum Rücktritt des Polizeipräsidenten und des Oberbürgermeisters der Hauptstadt sowie zu einer Polizeireform führten.<sup>35</sup> Das Fehlen derartiger Zweifel ist

<sup>33</sup> Zitiert nach WIELENGA, *Stille revolutie en schijnbare normaliteit*, in: J.C. HESS/F. WIELENGA (Hrsg.), *Duitsland en de democratie 1871–1990*, Amsterdam 1994, S. 194.

<sup>34</sup> Vgl. auch W. MELCHING, *Deutscher Herbst – Holländischer Frühling? Protestbewegung und politische Kultur 1960–1980*, in: F. WIELENGA (Hrsg.), *Politische Kulturen im Vergleich. Die Niederlande und Deutschland seit 1945*, Bonn 2002.

<sup>35</sup> Nach den Krawallen vom Sommer 1966 gaben der Innen- und der Justizminister eine Untersuchung zur Organisation und zum Verhalten der Amsterdamer Polizei zwischen 1960 und 1966 in Auftrag. Der Amsterdamer Jurist Prof. Dr. Ch.J. Enschede war Vorsitzender dieser Kommission, die 1967 ihren Bericht veröffentlichte; er führte zu Verände-



u.a. vor dem Hintergrund der langen Tradition von Demokratie, Stabilität und Integration von Minderheiten zu sehen, worauf die Niederlande zurückblicken konnten und die dazu führte, daß den politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen der sechziger Jahre in den meisten Fällen mit historisch gewachsener Gelassenheit entgegengetreten werden konnte. Diese Selbstverständlichkeit des demokratischen Bewußtseins fehlte in der damals noch jungen Bundesrepublik. Nach den politischen Wechselbädern der deutschen Geschichte und dem Untergang des Dritten Reiches war in der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren eine stabile Demokratie entstanden, der es jedoch im Vergleich zu den älteren westlichen Demokratien noch an starker Verwurzelung fehlte. *Bonn ist nicht Weimar* – schon vor der Veröffentlichung des 1956 erschienenen Buches von Fritz Allemann war politischen Beobachtern klar, daß die Fundamente der westdeutschen Demokratie erheblich stabiler waren als die der Weimarer Republik, aber das Trauma der ersten deutschen Demokratie war noch längst nicht abgetragen.<sup>36</sup> Forschungen zur politischen Kultur der Bundesrepublik zeigen, daß bis in die sechziger Jahre hinein in der Bundesrepublik eher von einer passiven Akzeptanz der neuen demokratischen Institutionen gesprochen werden konnte, und daß diese Akzeptanz in hohem Maße mit wirtschaftlichen Erfolgen zusammenhing. Noch 1971 schrieb der Bonner Politikwissenschaftler Karl Dietrich Bracher, daß die westdeutsche „Demokratie gefährdet bleibt, solange die ökonomische Stabilität ihre fast einzige Grundlage ist“<sup>37</sup>. Das war sicherlich zu pessimistisch formuliert, ist jedoch kennzeichnend für die Unsicherheit in der Bundesrepublik selbst über die gesellschaftliche Verankerung der eigenen Demokratie. Seit Kriegsende war in den westlichen Zonen ein Prozeß in Gang gekommen, in dem die politische Kultur Deutschlands eine ‚stille Revolution‘ in westliche Richtung durchmachte, aber ihre Geschichte war noch zu kurz, um mit selbstbewußt-demokratischer Gelassenheit auf die Herausforderungen der sechziger Jahre reagieren zu können. Und dies galt um so mehr, als die Protestbewegung mit ihren Angriffen auf Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik den Kern der in den fünfziger Jahren aufgebauten westdeutschen Identität und des Selbstverständnisses der älteren Generation traf. Das bedeutete auch, daß die Protestbewegung in Deutschland von einem Großteil der politischen Elite als viel bedrohlicher empfunden werden mußte als in den Niederlanden. Damit ist der zweite Grund angegeben, warum die Kommunikationsstörungen in der Bundesrepublik viel größer waren als im westlichen Nachbarland: Die westdeutsche Elite fühlte sich stärker in ihrem Selbstverständnis angegriffen als die

rungen der polizeilichen Struktur in Amsterdam. Siehe den *Slotrapport van de commissie van Onderzoek Amsterdam. Onderzoek naar de achtergronden van de ordeverstoringen te Amsterdam september 1965/september 1966*, Den Haag 1967; zu den Krawallen des Sommers 1966 vgl. RIGHART (wie Anm. 7), S. 211 ff.; KENNEDY (wie Anm. 7), S. 146 ff.; BOSSCHER (wie Anm. 29).

<sup>36</sup> Vgl. WIELENGA (wie Anm. 33), S. 179 ff.

<sup>37</sup> K.D. BRACHER, *Das deutsche Dilemma. Leidenswege der politischen Emanzipation*, München 1971, S. 312.

niederländische, weil die Protestbewegung der Bundesrepublik die Pfeiler der westdeutschen Nachkriegsidentität in Frage stellte, während dies in den Niederlanden nicht der Fall war. Um dies zu verdeutlichen, sind abschließend vier Themenbereiche zu untersuchen, die von der Protestbewegung in beiden Ländern aufgegriffen wurden, wobei es in der Bundesrepublik jedoch zu viel härteren Auseinandersetzungen kam.

*Erstens: Der Umgang mit dem Dritten Reich in Deutschland und der Umgang mit der Besatzungszeit 1940–1945 in den Niederlanden.* Für die Bundesrepublik der fünfziger Jahre gilt, was Hermann Lübke als das ‚kommunikative Beschweigen‘ von Tätern und Opfern umschrieben hat. Zusammengefaßt lautet seine These, daß die Integration der Millionen ehemaliger Nationalsozialisten in die demokratische Bundesrepublik nur durch eine gewisse Zurückhaltung gegenüber der NS-Vergangenheit möglich war.<sup>38</sup> „Von dieser Demokratie“, so schreibt auch Peter Graf von Kielmansegg, „konnte man schwerlich erwarten, sie werde die Vergangenheit ihrer Bürger als eine ständige und heftige Anklage gegen ihre Bürger thematisieren.“<sup>39</sup> Dies bedeutet allerdings nicht, daß die fünfziger Jahre ein Jahrzehnt der Verdrängung und absoluter Stille bezüglich der NS-Zeit gewesen sind. Richtiger ist es, diese Periode als Phase der relativen Stille zu charakterisieren, die ab Ende der fünfziger Jahre allmählich durchbrochen wurde und in den sechziger Jahren dem Generationskonflikt der Bundesrepublik seine spezifische Schärfe gab.<sup>40</sup> Die Nachkriegsgeneration stand der NS-Vergangenheit unbefangener gegenüber und stellte Fragen, die viele bisher nicht zu stellen gewagt hatten.

In großer Heftigkeit, nicht ohne ‚inquisitorische Verstockung‘ (Lübke) wurde die wenig widerstandsfähige Haltung der älteren Generation während der NS-Zeit angeprangert, und die Protestbewegung meinte in ihrem Widerstand das nachzuholen, was ihre Eltern versäumt hätten. „Wer von Kapitalismus nicht reden will, sollte vom Faschismus schweigen“, hatte Adorno verkündet; viele sagten es ihm nach, und so wurde der Protest mit neomarxistischen Antifaschismustheorien fundiert, die Gegenwart und Vergangenheit zu einem übersichtlichen zusammenhängenden Ganzen von Nationalsozialismus, ‚Imperialismus‘ und repressivem Charakter der bürgerlichen Demokratie verschmolzen – einer bürgerlichen Demokratie, in der die Opposition aufgrund der Großen Koalition praktisch nicht mehr vorhanden sei, und in der nur noch der Widerstand auf der Straße Schlimmeres verhindern könne. So wurde die Bundesrepublik zu einem noch immer vom Faschismus bedrohten Staat umgedeutet, und die Notstandsgesetze, die nach jahrelanger Debatte 1968 verabschiedet wurden und die die Befugnisse des Staates für den Ausnahmezustand regelten, konnten als eine ‚Neuaufgabe‘ des Ermächtigungsgesetzes aus dem Jahre 1933

<sup>38</sup> H. LÜBBE, *Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewußtsein*, in: *Historische Zeitschrift*, Bd. 236 (1983), S. 586; vgl. auch WIELENGA (wie Anm. 3), S. 49 f.

<sup>39</sup> P. GRAF VON KIELMANSEGG, *Lange Schatten. Vom Umgang der Deutschen mit der nationalsozialistischen Vergangenheit*, Berlin 1989, S. 19.

<sup>40</sup> WIELENGA (wie Anm. 3), S. 43 ff.

dargestellt werden. Dies alles heißt: Die Geschichte von ‚1968‘ in der Bundesrepublik ist in hohem Maße als eine Nachgeschichte des Nationalsozialismus zu verstehen.<sup>41</sup> Hart, manchmal erbarmungslos hart, war die Auseinandersetzung mit den Vätern, die zu oft schwiegen und so, in der Wahrnehmung der Protestbewegung, den Beweis für ihre ‚Unfähigkeit zu trauern‘ immer wieder lieferten. „Dies ist die Generation von Auschwitz, mit denen kann man nicht argumentieren“, hat die Terroristin Gudrun Ensslin gesagt.<sup>42</sup> Auch wenn in dieser Aussage in erster Linie der Haß der Terroristen der siebziger Jahre auffällt, ist sie auch kennzeichnend für die tiefe Kluft, die sich in den sechziger Jahren im Hinblick auf die NS-Vergangenheit im Generationskonflikt offenbarte.

Auch in den Niederlanden wurde ‚Antifaschismus‘ in den sechziger Jahren ein wichtiges und gleichzeitig einfaches Schlag- und Kampfwort der Protestierenden. Die Polizei wurde als ‚SS‘ angeprangert, Polizisten wurden als ‚Faschisten‘ verunglimpft. Genauso wie in der Bundesrepublik sahen sich die Mitglieder der niederländischen Protestbewegung als die wahren Erben des Widerstands aus der Kriegszeit, und auch in den Niederlanden erscholl aus der Protestbewegung der Vorwurf, das ‚Establishment‘ der sechziger Jahre habe bereits während der Kriegsjahre versagt. Aber: Von einer wirklich scharfen Auseinandersetzung über die Vergangenheit wie in der Bundesrepublik war in den Niederlanden nicht die Rede. Kritische Betrachtungen über Schuld oder über fehlenden Mut während der Besatzungszeit kamen aus allen Altersgruppen, und die Protestgeneration blieb im Rahmen des Nachkriegskonsenses über die moralischen Lektionen, die aus der Besatzungszeit zu ziehen seien. Mehr noch: Sie bekräftigte diesen Konsens, indem sie ihren eigenen Protest als ‚antifaschistisch‘ präsentierte und damit die nationale Vorbildfunktion des Widerstandes aus der Kriegszeit kultivierte.<sup>43</sup>

*Zweitens: Konsumgesellschaft und Gewaltbereitschaft.* Genauso wie im oben genannten Bereich war der Zusammenprall auch in diesem Zusammenhang in der Bundesrepublik härter und heftiger als in den Niederlanden. In den fünfziger Jahren hatte sich in der Bundesrepublik im Zuge des Wiederaufbaus und der politischen Rehabilitierung im internationalen Rahmen eine zufriedene ‚Wir-sind-wieder-wer-Mentalität‘ entwickelt. Vor allem der Stolz auf die wirtschaftlichen Erfolge wurde ein wichtiger Pfeiler des Selbstverständnisses der jungen Bundesrepublik. Und gerade dieser Pfeiler geriet durch eine lautstarke

<sup>41</sup> Vgl. N. FREI, *Ertrotzte Aufklärung. Achtundsechzig als Nachgeschichte des Nationalsozialismus*, in: *Die Zeit*, Nr. 6, 2001; vgl. für eine Replik K. SONTHEIMER, *Gegen den Mythos der 68er*, in: *Die Zeit*, Nr. 7, 2001.

<sup>42</sup> Zitiert nach MELCHING (wie Anm. 34).

<sup>43</sup> Vgl. J.C.H. BLOM, *Leiden als Warnung. Konstanten und Variablen im niederländischen Umgang mit der Besatzungszeit*, in: N. FASSE u.a. (Hrsg.), *Nationalsozialistische Herrschaft und Besatzungszeit. Historische Erfahrung und Verarbeitung aus niederländischer und deutscher Sicht*, Münster 2000, S. 321 ff. Vgl. auch meinen Beitrag *Erinnerungskulturen im Vergleich. Deutsche und niederländische Rückblicke auf die NS-Zeit und den Zweiten Weltkrieg* in diesem Jahrbuch.

neomarxistische Kapitalismuskritik unter Druck, die en passant den Faschismusverdacht wieder verstärkte. 1967 erschien die deutsche Übersetzung von Herbert Marcuses Bestseller *Der eindimensionale Mensch*. Dieses unter Studenten außerordentlich populäre Buch lieferte eine theoretische Begründung dafür, daß der westliche Spätkapitalismus die Bevölkerung manipulieren, mit Konsum korrumpieren und in einer neuen Art von Totalitarismus unterdrücken würde. Um gegen diesen ‚Konsumterror‘, wie es genannt wurde, zu protestieren, legten Gudrun Ensslin und Andreas Baader Anfang April 1968 Brand in einem Frankfurter Kaufhaus. Eine derartige Gewaltbereitschaft war sicherlich nicht allgemein, aber vielen Jugendlichen waren der elterliche Stolz auf die wirtschaftlichen Erfolge und ihre Betonung materialistischer Werte zutiefst suspekt, nicht zuletzt weil dieser Stolz und diese Selbstzufriedenheit als Fluchtverhalten vor der NS-Vergangenheit gedeutet wurden. Daß die Kluft zwischen den Generationen hinsichtlich der Betonung von materialistischen bzw. von postmaterialistischen Werten in der Bundesrepublik tatsächlich relativ tief war, belegt der amerikanische Soziologe Roland Inglehart in seiner international vergleichenden Studie *The Silent Revolution* über politisch-kulturelle Veränderungen in verschiedenen westlichen Ländern. Er hat festgestellt, daß überall in westlichen Ländern die eher materialistischen Werte der älteren Generation und die eher postmaterialistischen Werte der jüngeren Generation in den sechziger Jahren aufeinander prallten, nirgendwo aber so stark wie in der Bundesrepublik.<sup>44</sup>

Kritik an die Konsumgesellschaft gab es auch in den Niederlanden. Die Konfliktlinien ähnelten zwar denen der Bundesrepublik, waren aber viel weniger ausgeprägt. Wie in anderen Bereichen – und hier liegt ein fundamentaler Unterschied zwischen der niederländischen und der deutschen Protestbewegung – waren viele Proteste Mitte der sechziger Jahre in den Niederlanden nicht verbissen, haßerfüllt oder aggressiv, sondern spielerisch (‚ludiek‘ – abgeleitet von *homo ludens* – war ein Schlüsselwort der damaligen Zeit, das auch die Provos gern für sich in Anspruch nahmen); dies gilt nicht zuletzt für die Kritik an der Konsumgesellschaft. Darüber hinaus ist festzustellen, daß – genau wie bei den Neuen Linken in der PvdA – sich die Protestbewegung nicht auf eine tiefgründige theoretische Kapitalismuskritik stützte. Sicherlich, die Provos aus den Jahren 1965 und 1966 nannten sich Anarchisten und hatten bestimmt den einen oder anderen marxistischen und anarchistischen Klassiker gelesen, aber mit politischer Theorie hatten ihre ‚ludieken‘ Proteste nichts zu tun. Provo, gegründet im Mai 1965, war keine politische Protestbewegung mit einem richtigen Programm und wollte das auch nicht sein. Die Provos hegten nicht die Illusion, daß ihre Unzufriedenheit mit dem Wohlfahrtsstaat, dem Konformismus und dem – wie sie es nannten – ‚angepaßten niederländischen Lumpenvolk abhängiger Konsumenten‘ von der Gesellschaft in ihrer Gesamtheit oder zumindest Mehrheit übernommen werden würde. ‚Wir können die Masse nicht überzeugen, wir

<sup>44</sup> R. INGLEHART, *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics*, Princeton 1977, S. 32 ff.

wollen es auch kaum, hieß es in einer ihrer zahllosen Sprüche. Ihr Ziel war es zu provozieren, Verwirrung zu stiften und die Obrigkeit mit anarchistischen Losungen und Plänen nervös zu machen. Nicht zuletzt ging es auch um clownesken Spaß. Ihr Höhepunkt kam während der Hochzeit von Beatrix und Claus 1966, als sie mit großer Zufriedenheit feststellten, daß der Verfassungsschutz sich für ihre vermeintlichen Pläne interessierte, die Pferde des königlichen Gefolges mit LSD zu betäuben oder mit Horden weißer Mäuse verrückt zu machen. Die einzige Bombe dieser Anarchisten war die Rauchbombe bei der königlichen Hochzeit, die allerdings Schrecken genug erzeugte. Die Provos waren jedoch keine gewaltbereite Gruppe, sondern abgesehen von provozierenden Aktivisten konkrete Utopisten, die vor allem in ihrer Stadt Amsterdam durch sogenannte ‚Weiße Pläne‘ die Lebensqualität vergrößern wollten. Diese ‚Weißen Pläne‘ waren wiederum eine Mischung aus Ernst und Spaß: So sollte der ‚Weiße Fahrradplan‘ durch die Verbannung der Autos aus der Innenstadt von Amsterdam und die Bereitstellung von weißen Fahrrädern für den Stadtverkehr die Luftverschmutzung in der Stadt zurückdrängen. Zu verwirklichen war dies sicherlich nicht, aber die Provos waren mit ihrem Umweltbewußtsein ihrer Zeit weit voraus, und das Zurückdrängen vom Autoverkehr aus den Innenstädten wurde ab den siebziger Jahren fester Bestandteil großstädtischer Planung. Der ‚Weiße Kinderplan‘ sollte zu mehr Plätzen in Kindergärten und -tagesstätten führen. Weniger ernst zu nehmen war der ‚Weiße Hühnerplan‘, der eine Umschulung von Polizisten zu freundlichen Sozialarbeitern beinhaltete, die auf der Straße nützliche Dinge wie Verhütungsmittel verteilen sollten. Auch den Nachfolgern der Provos, den ‚Kabouters‘ [Heinzelmännchen], die 1970 sogar für kurze Zeit zur drittgrößten Partei (11 Prozent) der Hauptstadt wurden, ging es um die Verbesserung der städtischen Lebensqualität, wobei erneut die Mischung aus ganz konkreten Vorschlägen einerseits und nonkonformistischem Spaß andererseits auffällt.<sup>45</sup>

*Drittens: Antiamerikanismus und Protest gegen den Vietnamkrieg.* Wie in allen westlichen Ländern war der Protest gegen die amerikanische Vietnampolitik auch in der Bundesrepublik und in den Niederlanden ein wichtiges politisches Phänomen der sechziger Jahre. Vergleicht man die Proteste in der Bundesrepublik und in den Niederlanden miteinander, so ist erneut sowohl die größere Radikalität als auch die härtere Polarisierung in Deutschland festzustellen. Der westdeutschen Jugend waren die Vereinigten Staaten in den fünfziger Jahren als das große Vorbild und der wichtigste Freund der Bundesrepublik vor Augen geführt worden. Ein Jahrzehnt später ‚entlarvte‘ diese Generation die durch Marshallhilfe und die atlantische Sicherheitsgarantie im Kalten Krieg zunächst so positiv angesehenen Vereinigten Staaten als ‚imperialistische Großmacht‘, die im Fernen Osten einen grausamen Krieg führte. Diese ‚Entlarvung‘ führte bei vielen Angehörigen der Protestgeneration zu dem Gefühl, durch die Generation

<sup>45</sup> Zu den Plänen der Provos und Kabouters vgl. u.a. V. MAMADOUH, *De stad in eigen hand. Provos, Kabouters en krakers als stedelijke sociale beweging*, Amsterdam 1992, S. 54-112.

der Eltern in zweierlei Hinsicht betrogen zu sein: erstens durch das Vorbild, das die Eltern in ihrem ganzen politisch-gesellschaftlichen und politisch-kulturellen Habitus gaben, und zweitens dadurch, daß die Elterngeneration die Amerikaner als Vorbild präsentiert hatten. Hinzu kam, daß dieses vermeintliche Vorbild ebenfalls ein enger Verbündeter des ‚faschistischen‘ Schahs von Persien war und daß während einer Demonstration gegen den Besuch des Schahs in Berlin am 2. Juni 1967 der Student Benno Ohnesorg von einer Polizeikugel tödlich getroffen wurde. Diese Gewalttat radikalisierte die deutsche Protestbewegung erheblich und steigerte ihre Gewaltbereitschaft, wobei Ohnesorg als Opfer der imperialistischen Amerikaner und von deren deutschen Statthalter in Europa betrachtet wurde.

So ist die Entwicklung der deutschen Protestbewegung und die tiefe Kluft zwischen ihr und dem politischen Establishment sehr eng mit aufeinanderprallenden generationsspezifischen Amerikabildern zu verstehen. Auch in den Niederlanden gab es derartige Enttäuschungen und antiamerikanische Gefühle, aber es war nicht von einer ‚Entlarvung‘ des großen hilfreichen Bruders die Rede, der so eng mit der Gründung des eigenen Staates und der Nachkriegsorientierung verbunden war. In den Niederlanden berührten anti-amerikanische Gefühle nicht die nationale Identität, sie konnten somit nicht zu so harten Auseinandersetzungen führen wie in der Bundesrepublik.

*Viertens: Kritik am Antikommunismus.* Aus verständlichen Gründen war der Antikommunismus in den fünfziger Jahren in keinem westlichen Land so stark gewesen wie in der Bundesrepublik. Durch die deutsche Teilung als Produkt und Bestandteil des Kalten Krieges, durch das feindliche Verhältnis zur DDR und die damit zusammenhängende Funktion der DDR als ‚Antistaat‘ für die Bundesrepublik erhielt der Antikommunismus eine Rolle als Integrationsideologie des jungen westdeutschen Staates. Zusammen mit dem ‚Wirtschaftswunder‘ war der Antikommunismus der zentrale Identitätspfeiler der Bundesrepublik der fünfziger Jahre gewesen. Als die Protestbewegung der sechziger Jahre den im vorherigen Jahrzehnt stark tabuisierten Marxismus wiederentdeckte und ihre Kapitalismuskritik entwickelte, wurde damit auch der Identitätspfeiler des Antikommunismus untergraben. Kritisiert wurde von der Protestbewegung anfänglich auch, daß die Bundesrepublik sich der aufkommenden Entspannung zwischen Ost und West zunächst weitgehend verschloß und auf der starren Ost- und Deutschlandpolitik der fünfziger Jahre beharrte. Das bedeutete allerdings nicht, daß die westdeutsche Protestbewegung Sympathie für das DDR-Regime entwickelte. Aber – und darum geht es – mit ihrer Entdeckung und Propagierung des (Neo-)Marxismus distanzierte sie sich ausdrücklich und oft lautstark von der antikommunistischen Identität und der Kalten Kriegsrhetorik eines Großteils der älteren Generation.

Auch in den Niederlanden war der Antikommunismus tief verankert gewesen: Als einer der letzten Staaten der Welt hatten die Niederlande erst 1942 die

Sowjetunion diplomatisch anerkannt,<sup>46</sup> nach der Niederschlagung des ungarischen Aufstandes 1956 hatte eine aufgebrachte Bevölkerung das Gebäude der niederländischen kommunistischen Partei in Amsterdam gestürmt, und die kommunistische Partei (CPN) ist – abgesehen von einer kurzen atypischen Phase in der unmittelbaren Nachkriegszeit – nie mehr als eine Splitterpartei gewesen. Die antikommunistische Grundeinstellung hatte aber nichts mit der Identität der Niederlande zu tun, und so war das Aufweichen des Antikommunismus in den Niederlanden der sechziger Jahren ein normaler Prozeß im Rahmen der sich abzeichnenden Ost-West-Entspannung, der im Gegensatz zur Bundesrepublik nicht den Kern des nationalen Selbstverständnisses traf.

### *Schluß*

Warum war die Konfrontation zwischen dem ‚Establishment‘ und der Protestbewegung in den sechziger Jahren in der Bundesrepublik so viel härter und polarisierter als in den Niederlanden, und wie ist es zu erklären, daß es in der Bundesrepublik – im Gegensatz zu den Niederlanden – auch mehr als dreißig Jahre später noch zu heftigen politischen Auseinandersetzungen über diese Zeit kommen konnte? Um diese Fragen zum Abschluß zusammenfassend zu beantworten, ist zunächst auf die unterschiedliche politische Landschaft in beiden Staaten hinzuweisen. Im niederländischen Parlament ist traditionell eine Vielzahl von Parteien vertreten, und da es hier keine hohe Wahlhürde gibt, ist es für neue Parteien einfach, Parlamentssitze zu erobern. Hinzu kommt, daß in den stark pluralistischen Niederlanden mit ihren vielen religiösen und politischen Minderheiten Neugründungen und Absplitterungen von Kirchen, Vereinen und Parteien nicht als beunruhigende und instabilisierende Phänomene wahrgenommen, sondern als Teil der traditionellen politischen Kultur empfunden werden können. Vor diesem historischen und politischen Hintergrund waren die politische Landschaft und Kultur in den Niederlanden während der sechziger Jahre eher auf Integration als auf Ausgrenzung der Protestbewegung ausgerichtet, und hier bildete das politische System ein dehnbares und integratives Aufnahmefeld für neue Gruppierungen und ihre Forderungen. Außerdem traf die Protestbewegung auf ein relativ offenes und gesprächsbereites ‚Establishment‘, weil die niederländischen Eliten schon seit Ende der fünfziger Jahre im sich gleichzeitig vollziehenden Prozeß der ‚Entsäulung‘ durchaus selbstkritisch auf der Suche nach modernen sozial- und politisch-kulturellen Inhalten waren. Kennzeichnend für die Niederlande war, daß von beiden Seiten nach politischen und gesellschaftlichen Veränderungen gesucht wurde und die Protestbewegung – auch wenn die Methoden der Provo- und der späteren Studentenbewegung auf Ablehnung stießen – für ihre inhaltlichen Ziele auch Verständnis erntete, wie

<sup>46</sup> Vgl. B. KNAPEN, *De lange weg naar Moskou. Nederlandse relaties tot de Sovjet-Unie, 1917–1942*, Amsterdam 1985.



z.B. die gesetzliche Demokratisierung der Universitäten 1970 zeigte. Das wiederum hing auch damit zusammen, daß die niederländische Protestbewegung keine ideologisch geschlossenen Weltbilder produzierte und selbst in ihrer Radikalität pragmatische Züge zeigte. Mit anderen Worten: Die Kluft zwischen der dominanten Kultur und der Gegenkultur hielt sich in den Niederlanden in Grenzen und war überbrückbar – mit der Folge, daß die Spannungen und Auseinandersetzungen nicht in Polarisierung und Gewalt eskalierten, sondern in einem Prozeß der Deeskalation kanalisiert werden konnten. So wird auch verständlich, weshalb es in den Niederlanden nicht zu einer immer wieder aufblühenden Kontroverse über die Deutung und Bedeutung dieser Periode kommen konnte: Die sechziger Jahre waren in den Niederlanden sicherlich ein unruhiges Jahrzehnt, das zu einer wichtigen politisch-kulturellen und gesellschaftlichen Zäsur führte, aber im Vergleich zur Bundesrepublik – und zu manchen anderen westlichen Ländern – verlief dieser Prozeß in den Niederlanden schmerzlos.

Die Entwicklungen in der Bundesrepublik lassen sich hierzu fast als ein Gegensatz aufzeigen: Die politische Struktur erwies sich als hemmender Faktor, wenn sich neue politische Strömungen auf parlamentarischem Wege Gehör verschaffen wollten. Nach den Erfahrungen der Weimarer Republik waren im politischen System der Bundesrepublik hohe Hürden für die Etablierung neuer politischer Kräfte aufgenommen worden, und so hatte sich in den fünfziger Jahren ein politischer Konzentrationsprozeß vollzogen, der kleinen oder neuen Gruppierungen nur die Wahl zwischen der Integration in die bestehenden Parteien oder der außerparlamentarischen Opposition ließ. Dieser Konzentrationsprozeß hatte zu einer stabilen politischen Landschaft geführt und gleichzeitig ein gesellschaftliches Klima verstärkt, in dem neue politische Strömungen und Abspaltungen bestehender Parteien als potentielle Bedrohung der Stabilität und als Störenfriede betrachtet wurden. Im Gegensatz zu den Niederlanden gilt für die Bundesrepublik der sechziger Jahre, daß das politische System und die politische Landschaft nicht für die Integration neuer politischer Bewegungen gerüstet und eher auf Ausgrenzung ausgerichtet waren. Gerade in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre war der Integrationsweg für die aufkommende Protestbewegung nahezu blockiert, da die einzige Partei, die dafür in Frage gekommen wäre, nicht zur Verfügung stand: Nach den Godesberger Beschlüssen von 1959 und der außenpolitischen Wende von 1960 war die SPD konsequent den Weg zur politischen Mitte gegangen, und in der Großen Koalition mit der CDU/CSU sowie in der Abgrenzung zur Protestbewegung lieferte sie den Beweis, daß es ihr mit dieser Kurskorrektur von 1959/1960 ernst war. Hinzu kam – auch das im Gegensatz zu den Niederlanden –, daß die Protestbewegung in der Bundesrepublik nicht auf eine offene, selbstkritische und gesprächsbereite politische Elite traf, sondern auf ein mehrheitlich eher starres ‚Establishment‘ stieß, das stolz auf die Errungenschaften der jungen Bundesrepublik war und sich von der Protestbewegung in seinem Selbstverständnis angegriffen sah. Tatsächlich traf die Protestbewegung – erneut anders als in den Niederlanden – die Identität des ‚Establishments‘ in seinem Kern, indem sie sich lautstark und zunehmend gewaltbe-



reit von den Errungenschaften des Wirtschaftswunders, von der Konsumgesellschaft, vom Antikommunismus und vom Band mit den Vereinigten Staaten – kurz: von den Pfeilern der noch jungen Bundesrepublik – distanzierte. Vertieft wurde die Kluft durch die harte generationsspezifische Auseinandersetzung über die Nazi-Vergangenheit. Festzustellen ist, daß die Eliten in der Bundesrepublik nicht nur weniger gesprächsbereit waren als in den Niederlanden, sondern auch härter angegriffen wurden und daraufhin mit noch mehr Ausgrenzung reagierten. Die Folge war, daß die Gegensätze nicht abgebaut wurden, sondern sich die ideologischen Fronten verhärteten und in Polarisierung und Gewalt mündeten. So dominierte in der Bundesrepublik eine Kommunikationsunfähigkeit mit komplementären Zerrbildern in der wechselseitigen Perzeption von ‚Establishment‘ und Protestbewegung.<sup>47</sup> Auf der einen Seite sah man eine linke Revolution vor der Tür, auf der anderen Seite die faschistische Diktatur. Beides stimmte nicht, aber durch die wechselseitige Wahrnehmung und einen Aktion-Reaktions-Prozeß entstand ein Teufelskreis, der nach einer kurzen Unterbrechung während der ersten Regierung von Willy Brandt in die innenpolitischen Probleme der siebziger Jahre führte. Hier zeigt sich ein letzter Unterschied zwischen den Niederlanden und der Bundesrepublik, der auch die bis heute in Deutschland andauernden Auseinandersetzungen über die sechziger Jahre mit erklären kann. Den Niederlanden blieb nicht nur der Weg in die Gewalt des Terrorismus erspart, sondern auch polarisierende Begleiterscheinungen (z.B. die unglücklich verlaufene ‚Sympathisantendebatte‘), die erneut zu Ausgrenzungen anstelle von Integration führten. Auch wenn die Zahl der Terroristen und deren Sympathisanten begrenzt war, hatte der Terrorismus tiefgreifende Folgen. Denn das gesellschaftliche Klima der Bundesrepublik der siebziger erstarrte in ein teilweise illiberales und intolerantes Freund-Feind-Denken, das tiefe Wunden schlug. Ein derartiges Echo der siebziger Jahre gibt es in den Niederlanden nicht, aber immer wieder ist es zentraler Bestandteil der deutschen Debatten um die Deutung der sechziger Jahre. Ein Ausweg aus dieser Emotionalisierung wird vielleicht möglich durch eine Historisierung von ‚1968‘ – weg von den moralischen Negativurteilen auf konservativer Seite und von den selbstgestrickten positiven Legenden der damaligen Aktivisten, hin zu einer nüchternen Betrachtungsweise, die dem bundesrepublikanischen Weg zu einem nicht nur politisch stabilen Staat, sondern auch zu einer selbstbewußten und gelassenen demokratischen Gesellschaft gerecht wird.

<sup>47</sup> Vgl. O. SCHILY, *Personen und Mentalitäten. Von der APO bis zur RAF*, in: SCHUBERT (wie Anm. 4), S. 123.